



Zusammenfassung

Lecture Series Africa: Werkstattgespräch im Deutschen Bundestag vom 25.3.2021

Der Europäische Green Deal – Mehr Nachhaltigkeit oder Protektionismus durch die Hintertür? Ein Blick auf den Agrarsektor.

Hintergrund: Mit dem *European Green Deal* stellte die *EU-Kommission* im Dezember 2019 eine neue, grüne Wachstumsstrategie vor, die den Rahmen für die EU-Politik der kommenden fünf Jahre definieren soll. Auch in der europäischen Handels- und Agrarpolitik soll sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsaspekten eine prominentere Rolle zukommen.

Der Green Deal stellt jedoch auch die afrikanisch-europäischen Handelsbeziehungen vor Herausforderungen. So befürchten viele afrikanische Länder, dass der Green Deal z.B. durch neue Umweltauflagen zusätzliche Handels- und Marktzugangshindernisse mit sich bringen wird.

Welche konkreten Herausforderungen birgt der European Green Deal für die afrikanisch-europäischen Beziehungen, insbesondere im Agrarbereich? Wie kann verhindert werden, dass afrikanische Unternehmen durch die Auflagen des Green Deals zusätzlich belastet werden und Exporte weiter zurückgehen, während andere Exportdestinationen für Afrika attraktiver werden?

Highlights:

- **Der Europäische Green Deal ist ein Vorschlag der EU-Kommission, wie potenzielle negative Umweltkosten internalisiert und gleichzeitig ein möglichst freier Warenhandel gewährleistet werden könnte; die konkrete Ausgestaltung ist ein Balanceakt, bei dem an vielen unterschiedlichen Stellschrauben gedreht werden muss.**
- **Ob der Green Deal auch die richtigen Impulse für eine agrarpolitische Wende in Afrika leisten kann, bleibt abzuwarten.**
- **Als Agrarkontinent und wichtiger Partner der EU im Agrarhandel muss Europa auf eine enge**

Begrüßung

Christoph Kannengießer,
Hauptgeschäftsführer,
*Afrika-Verein der Deutschen
Wirtschaft*

Panelistinnen

Marlene Mortler MdEP,
Mitglied im Ausschuss für
Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung,
EVP-Fraktion

Prof. Dr. Christine Wieck,
Leiterin des Instituts für
Agrarpolitik und
landwirtschaftliche
Marktlehre,
Universität Hohenheim

Martha Byanyima,
Leiterin des Land O'Lakes
Venture37-Projekts des US-
Landwirtschaftsministeriums
in Ostafrika

Schlusswort

David Schwake,
Generalsekretär,
Deutsche Afrika Stiftung

Moderation

Larissa Pflüger
wiss. Referentin,
Deutsche Afrika Stiftung

Zusammenarbeit mit Afrika setzen und verhindern, dass sich Afrika anderen Handelspartnerinnen und -partnern zuwendet.

- **Die Ziele des Europäischen Green Deals lassen sich nicht eins-zu-eins auf den afrikanischen Kontinent übertragen, und sollen es auch nicht. Dennoch wird sich der Green Deal auch auf afrikanische Produktionsweisen und Umweltaforderungen im Agrarsektor auswirken. Ein Dialog mit afrikanischen Regierungen, Unternehmen sowie Bäuerinnen und Bauern, um zu beraten, wie diese negativen Effekte mitigiert werden können, ist daher von zentraler Bedeutung.**

Der Europäische Green Deal und der Agrarsektor

Zunächst erläuterte **Frau Marlene Mortler MdEP** die Grundzüge und Ziele des European Green Deals. Neben dem Energie-, Industrie- und Verkehrssektor betreffe dieser vor allem den Agrarsektor, so Mortler. Kernstück des Green Deals seien die Biodiversitätsstrategie sowie die sogenannte „Farm to Fork“-Strategie. Bei Letzterem gehe es konkret um die Halbierung der Nutzung von chemischen Pestiziden, eine Verringerung des Düngemittleinsatzes um min. 20% und um die Reduktion des Antibiotikaeinsatzes in der Viehzucht und Aquakultur um 50% bis 2030. Darüber hinaus solle der ökologische Landbau in der EU gefördert werden. Insgesamt sei es das agrarpolitische Ziel des Green Deals, Ernährungssicherheit, aber gleichzeitig auch Klima- und Umweltschutz zu gewährleisten. Dieses Ziel gelte es auch auf dem afrikanischen Kontinent umzusetzen, der mit einer Beschäftigung von über 50% der Bevölkerung in der Landwirtschaft als „Agrarkontinent“ und wichtiger europäischer Handelspartner gelte, betonte **Frau Mortler**. Gleichzeitig werde auf dem afrikanischen Kontinent das Potenzial der verfügbaren Anbauflächen nicht vollkommen ausgeschöpft, landwirtschaftliche Rohstoffe seien nur selten in lokale Wertschöpfungsketten eingebunden, und so blieben viele afrikanische Länder abhängig vom Lebensmittelimport. Für eine Stärkung der Eigenversorgung sei eine agrarpolitische Wende notwendig. Die Frage, die sich viele Afrikanerinnen und Afrikaner – zurecht, so Frau Mortler – stellen würden, sei die, ob der Europäische Green Deal die notwendigen Impulse für ebendiese agrarpolitische Wende geben könne oder bestehende Herausforderungen der afrikanischen Landwirtschaft und des Handels von Agrarprodukten noch zusätzlich verschärfe. Die Skepsis und Bedenken vieler Afrikanerinnen und Afrikaner gegenüber dem Green Deal und die Befürchtung, der EU-Absatzmarkt könne in Zukunft aufgrund der Nichterreichung neuer Umweltstandards wegbrechen, könne sie gut nachvollziehen, erklärte Frau Mortler. Daher sei es notwendig, die Quantität der in Afrika produzierten Nahrungsmittel zu steigern, Wertschöpfungsketten vor Ort, sprich die lokale Verarbeitung von Agrarrohstoffen z.B. durch die stärkere Einbindung kleiner Betriebe zu fördern sowie den Agrarhandel innerhalb Afrikas zu stärken. Gleichzeitig müsse aber auch die Einbindung afrikanischer Exporte in internationale Wertschöpfungsketten vorangetrieben werden. Nur so, betonte **Frau Mortler**, könne die aktuelle Importabhängigkeit Afrikas von Nahrungsmitteln, Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nachhaltig reduziert werden.

Die EU könne hier im Rahmen des Green Deals einen wichtigen Beitrag leisten: Durch Innovations- und Wissenstransfer sowie Unterstützung afrikanischer Investitionen könne die EU wichtige Impulse für eine Transformation der afrikanischen Agrarpolitik geben. Globaler

Wandel, für den der Green Deal den Grundstein legen soll, benötige integrierte und zielorientierte Lösungen, die vor Ort wirksam sein müssten, fasste **Frau Mortler** zusammen.

Der Europäische Green Deal und die Ökologisierung öffentlicher Märkte – ein Balanceakt

Frau Dr. Christine Wieck unterstrich zunächst die Notwendigkeit der Ökologisierung öffentlicher Märkte: Bestehender Zölle und Handelshindernissen zum Trotz erfuhr gerade der Agrarmarkt in den letzten Jahren eine erhebliche internationale Öffnung. Durch globalisierte Arbeitsteilung seien mit dem Wohlstand aber auch soziale und ökologische Missstände gestiegen. Diese Missstände sowie global sehr unterschiedliche Produktionsvoraussetzungen würden durch den Klimawandel, z.B. in Form von Wetterextremen und damit einhergehenden temporären Versorgungsengpässen noch verstärkt. Um Ernährungssicherheit auch in Zukunft gewährleisten zu können, würden daher auch soziale und Umweltstandards im globalen Handel sowie in sämtlichen grenzübergreifenden Lieferketten realisiert werden müssen, betonte **Dr. Wieck**. Gleichzeitig sei der Schritt zurück zum Protektionismus der Falsche - und in vielen Ländern gar nicht möglich, mahnte **Frau Dr. Wieck**. Vielmehr müsse darauf hingearbeitet werden, potenzielle negative Umweltkosten zu internalisieren und dabei einen möglichst freien Warenhandel zu gewährleisten. Der Europäische Green Deal sei aus ihrer Sicht, so **Frau Dr. Wieck**, ein Vorschlag der EU-Kommission, wie dies erreicht werden könne. Natürlich habe der Green Deal auch erst einmal Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrar- und Ernährungswirtschaft: Durch die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln oder steigenden Biodiversitätsauflagen würden sich die Produktionskosten zunächst erhöhen und negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Ziehe man aber weitere Elemente, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen, z.B. Innovation und Technologievorsprung, Produktionsbedingungen, Wettbewerbs- und Marktstruktur oder Nachfragemuster und politische Rahmenbedingungen hinzu, so könne ein Negativeffekt auf die Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Produktionskosten durchaus kompensiert werden, erklärte **Frau Dr. Wieck**. Protektionistische Maßnahmen seien folglich nicht zwingend notwendig, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu schützen. Nichtsdestotrotz bleibe die Ökologisierung der europäischen Landwirtschaft ein Balanceakt, wobei an vielen Stellschrauben gedreht werden müsse. Dies gelte auch für die Ausrichtung des Agrarhandels unter dem Green Deal: Hier müsse man in enger Abstimmung mit Partnerinnen und Partnern zusammenarbeiten und gemeinsam Kriterien für die Ökologisierung erarbeiten und umsetzen.

Gerade im Agrarbereich sei Afrika ein zentraler Partner der EU: Nicht nur sei der Bedarf an Nahrungsmitteln auf dem afrikanischen Kontinent besonders hoch, auch der Ressourcenreichtum und die Exponiertheit gegenüber dem Klimawandel, die diesen Reichtum bedrohe, gestehe dem Nachbarkontinent eine Schlüsselrolle im Agrarhandel zu. Angesichts der globalen Konkurrenz und den vielen anderen Handelspartnerinnen und -partnern, denen sich Afrika zuwenden könne sowie des wachsenden innerkontinentalen Marktes, sei es für die EU umso wichtiger, den afrikanischen Partnerinnen und Partnern zuzuhören und in eine gemeinsame Zusammenarbeit zu investieren. Dies müsse nicht nur zwischen Regierungen, sondern auch zwischen Unternehmen, Bäuerinnen und Bauern sowie weiterer Stakeholder geschehen.

Herausforderungen und Potenziale des Green Deals für Afrika

Frau Martha Byanyima erläuterte die grundsätzlichen Herausforderungen, denen sich die afrikanische Landwirtschaft gegenüber sieht: Nicht nur habe Afrika mit seiner stark wachsenden Bevölkerung weltweit einen der höchsten Bedarfe an Lebensmitteln, die afrikanische Landwirtschaft schneide aktuell auch bei der Produktivität pro Hektar im internationalen Vergleich eher schlecht ab. Zusätzlich würden Schädlinge, Krankheiten, etc. die landwirtschaftliche Produktion noch weiter bedrohen. Unter diesen Aspekten, so **Frau Byanyima**, sei die Notwendigkeit, Lebensmittelerzeugung nachhaltig zu gestalten, worauf der Green Deal abziele, gerade auf dem afrikanischen Kontinent besonders hoch. Ob der Green Deal jedoch für den afrikanischen Kontinent die richtigen Impulse geben könne, sei aus ihrer Sicht fraglich. Die EU müsse sich bei der Umsetzung des Green Deals fragen, wo sie mehr Nachhaltigkeit umsetzen wolle und wo bzw. mit wem darüber verhandelt werde, da die Ziele des Green Deals der EU angepasst seien. Dennoch würden verpflichtende Regulierungen und Standards im Zuge des Green Deals auch afrikanische Exporteure von Agrarprodukten unmittelbar betreffen und die Umstellung der Produktionsmethoden der Nahrungsmittelindustrie aber auch des Vertriebssystems bedeuten. Dies würde wiederum enorme finanzielle Investitionen in neue Technologien und Know-How benötigen, was sich viele afrikanische Länder nicht leisten könnten. Des Weiteren sei davon auszugehen, dass eine nachhaltige Wende mit einer – zumindest vorübergehenden – Erhöhung der Lebensmittelpreise einhergehen werde, was wiederum afrikanische Länder besonders betreffe, mahnte **Martha Byanyima**. Die Klimaziele und Maßnahmen des Europäischen Green Deals ließen sich aufgrund dieser so unterschiedlichen Voraussetzungen nicht eins-zu-eins auf afrikanische Länder übertragen. Daher sei es, darin stimme sie mit ihren Vorrednerinnen überein, dringend notwendig, in einen Dialog zu treten, um realistische Lösungen für die Ökologisierung der Märkte zu finden, die auch Afrikas aktuelle Klimabilanz einbinde.

Dr. Wieck stimmte zu, dass eine Übertragung der Produktion- und Prozessstandards auf den afrikanischen Agrarsektor nicht möglich sei, ergänzte aber, dass dies auch nicht vorgesehen sei: Ein Beispiel hierfür seien bereits existierende Äquivalenzabkommen in der Ökolandwirtschaft; Regularien für Ökolandbau seien an die Produktionsbedingungen der jeweiligen Länder angepasst. Zudem kritisierte sie das bisherige Fehlen einer Politikfolgenabschätzung des Green Deals durch die EU und forderte die Kommission dazu auf, sich dieser schnellstmöglich zu widmen. Auch **Frau Mortler** unterstrich diese Forderung.